

### Weltwirtschaft

#### Weltbevölkerung

#### Sechs Milliarden und kein Ende

Alles Wirtschaften dient den Menschen, den jetzt lebenden und den künftigen Generationen, so kann man es, dem Sinne nach, in einführenden Lehrbüchern der Volkswirtschaftslehre lesen. Methodisch gesehen, wird die Befriedigung ihrer Bedürfnisse benötigt als universelles Motiv allen wirtschaftlichen Handelns. Historisch gesehen, gab allerdings nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Wirtschaft in der westlichen Welt die dienende Funktion überhaupt auf und übernahm die Rolle des gesellschaftlichen Leitsystems. (Die Sprache des Konkurrenz-»Kampfes«, der Werbe-»Kampagnen«, der »Eroberung« von Märkten etc. zeigt den Verlierer des Paradigmenwechsels an.) Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks höhlt die Globalisierung der Wirtschaft, mit graduellen Unterschieden, weltweit die Nationalstaatlichkeit aus. Manche der »global players«, wie sie verniedlichend genannt werden, haben schon heute mehr Macht und Einfluß als manche Staaten. Gleichwohl sind Größe und Aufbau der Bevölkerung sowie deren Wandel in allen Ländern von entscheidender Bedeutung.

In Entwicklungs- und Schwellenländern wächst die Bevölkerung überdurchschnittlich stark, wobei Geburtenraten und medi-

zinische Erfolge zusammenwirken. Mangels ausreichender öffentlicher Daseinsvorsorge in Gestalt von Sozialsystemen und wegen der privaten Armut leisten Kinder die Altersversorgung im Familienverbund. Eine große Schwierigkeit der Familienplanung besteht deshalb darin, daß private Versorgungsausfälle im allgemeinen durch staatliche Leistungen ausgeglichen werden müssen, die wiederum überwiegend von der Bevölkerung selber aufzubringen sind.

In vielen Industrieländern schrumpft die Bevölkerung. In den meisten Ländern ist die Daseinsvorsorge staatlich verordnet und organisiert (ein Kind des 19. Jahrhunderts zur Abwehr sozialistischer und sozialdemokratischer Bestrebungen). Schrumpfende Bevölkerungen werfen, zumal für staatliche Sozialsysteme, erhebliche Probleme auf (insbesondere die Überalterung: jeder aktive Arbeitnehmer muß immer mehr für die Alten aufbringen). Die Möglichkeit, durch aktive Einwanderungspolitik (Zuzug statt Zuwachs) einen Ausgleich zu schaffen, ist nicht überall gewünscht oder durchsetzbar. Der Umbau der Sozialsysteme ist schwierig, weil mindestens eine Generation sowohl alte Abgaben als auch neue private Vorsorgelasten zu tragen hat.

Es scheint so zu sein, daß in allen Ländern wirtschaftliche Probleme mit den Bevölkerungen bestehen, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau. Schrumpfende Bevölkerungen in reichen Ländern entfalten Sogwirkungen, wachsende Bevölkerungen in

armen Ländern Druck. Das Ergebnis sind Wanderungsbewegungen sogenannter Wirtschaftsflüchtlinge, die durch keine Zäune oder Schengener Abkommen aufzuhalten sind. Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung veranstaltete deshalb im November vorigen Jahres ein Symposium, um Beiträge des privaten Sektors zur Verlangsamung des Weltbevölkerungswachstums zu untersuchen. Die Direktorin des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), Nafis Sadik, wies darauf hin, daß schon heute 75 % der Mittel für Bevölkerungsprogramme in Entwicklungsländern aus den betroffenen Ländern selber stammen, der Rest überwiegend aus anderen staatlichen Quellen, weitere Mittel, die dringend benötigt werden, deshalb privat aufgebracht werden müssen.

Möglichkeiten des privaten Sektors wurden zunächst in Spenden im weitesten Sinn gesehen, insbesondere in der Errichtung von Stiftungen, deren Mittel zweckgebunden einzusetzen sind – »Mäzene einfangen«, nennt das Lothar Späth von der Jenoptik. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, daß Unternehmen in ihren Niederlassungen in Entwicklungs- und Schwellenländern mehr für ihre Belegschaften tun. Die medizinische Versorgung im betrieblichen Bereich (die vielerorts die einzige Form regelmäßiger medizinischer Versorgung überhaupt darstellt) könnte ausgedehnt werden auf das reproduktive Verhalten. Kontrazeptiva dienen nicht nur der Geburtenkontrolle, sondern auch der Vermeidung von Aids und anderen Geschlechtskrankheiten. Alles in allem: eine bemerkenswerte Form, wie das private Eigentum an

Produktionsmitteln, abhängig von den örtlichen Verhältnissen, dem Wohle der Allgemeinheit dienen kann – ohne den Umweg über den Staat.

### **Weltkonjunktur**

#### **Vor einem Aufschwung?**

Die Weltwirtschaft entwickelt ihre Kraft offenbar nicht aus der Ruhe, sondern aus der Unruhe. Während der Internationale Währungsfonds sonst einmal im Frühjahr und einmal im Herbst die weitere Entwicklung prognostiziert, entschloß er sich Ende des vergangenen Jahres zu einer Halbzeitkorrektur seiner Prognose. Danach werden für 1998 und für 1999 jeweils 2,2 % Wachstum der addierten Bruttoinlandsprodukte erwartet, für das Jahr 2000 dann die früher schon für das laufende Jahr vorhergesagten 3,5 %.

Die regionalen Entwicklungen divergieren beträchtlich. Die amerikanische Wirtschaft wächst weiter, allerdings mit fallenden Zuwachsraten (3,6 bzw. 1,8 % in den Jahren 1998 und 1999). Für die Staaten der EU werden gebremste Zuwachsrückgänge von 2,8 und 2,4 % erwartet. Die von der sogenannten Dominokrise betroffenen Regionen entwickeln sich am stärksten auseinander. Asien legt im Aufholprozeß um 2,6 bzw. 4,3 % zu (in Japan läßt die Schrumpfung nach: von -2,8 auf -0,5 %). Rußland verliert weiter und stärker (-5,7, gefolgt von -8,3 %) und stellt – weit über die rein wirtschaftliche Bedeutung hinaus – den weltweit am ernstesten zu nehmenden Krisenherd dar. Lateinamerika verliert nur

etwas an Schwung, wächst aber weiter mit 2,5 bzw. 1,5 %. Wie lange diese Korrektur Bestand hat, ist der Prognose naturgemäß nicht zu entnehmen.

## **Welthandelsorganisation**

### **Die ganze oder die halbe Welt?**

Handelspolitik wird nicht an Idealen ausgerichtet, sondern an einem Kalkül, das jeweils Chancen und Risiken sowie das einbezieht, was unterm Strich erwartet wird. Im früheren GATT und in der heutigen WTO geht es immer ums Geschäft, gleichgültig, wie die vorgeschlagenen Maßnahmen im Einzelfall begründet werden. Die Abkommen verdanken ihre Existenz und ihren Erfolg der Tatsache, daß die Regelwerke (unterm Strich) allen Beteiligten nützen. Die zähen Verhandlungen mit aufnahmewilligen Ländern sind nicht anders zu beurteilen, können es auch gar nicht sein, denn die Regelwerke existieren ja bereits.

Lettland und Kirgistan sind WTO-Mitglieder geworden. Die Gemeinschaft umfaßt jetzt 134 Staaten, darunter nur 6, die seit Gründung der WTO beigetreten sind. 39 weitere Kandidaten, darunter China, Rußland, die Ukraine und Saudi-Arabien, stehen weiterhin außerhalb. China ist mit 1,2 Mrd. Menschen der größte nicht-WTO-konforme Markt der Erde und die zehntwichtigste Handelsmacht. Das Land will die Mitgliedschaft gewissermaßen »verliehen« bekommen – mit allen Rechten, aber ohne einen großen Teil der Pflichten. Die Verhandlungen kommen unerträglich langsam voran, klagt die amerikanische Handelsbeauftragte

Charlene Barshefsky. Gleichzeitig verstärkt die WTO ihre Anstrengungen, weitere Abkommen zu schließen.

Die Lage spitzt sich zu. Soll die WTO ihre Standards verteidigen und ausbauen, oder soll sie versuchen, den Anspruch zu verwirklichen, der in dem Namen Welthandelsorganisation steckt, und was soll sie tun, wenn beides gleichzeitig nicht geht? China hat gedroht, seinen eigenen Standard beizubehalten und auszubauen und der WTO damit de facto den minderen Rang einer »westlich orientierten Handelsorganisation« zuzuweisen. Rußland kann beim besten Willen die Risiken eines Beitritts derzeit nicht auf sich nehmen. Vielleicht sollte die WTO ein verändertes Kalkül, das an einem fairen Interessenausgleich mit dem Ziel der Konvergenz ausgerichtet ist, mindestens als ein Szenario für weitere Verhandlungen zulassen. Statt dessen werden zusätzlich soziale Mindeststandards gefordert, die auch im Westen bekanntlich in jahrhundertelangen Auseinandersetzungen erkämpft wurden, zum Teil bis heute durchbrochen (z.B. Kindersoldaten oder Kinderarbeit) und offenbar immer noch als Belastung angesehen werden.

## **Weltfinanzsystem**

### **Überforderte Wächter**

Wenn sowohl die Geber als auch die Empfänger unzufrieden sind mit der Arbeit der Weltfinanzinstitutionen, dann ist wohl etwas faul. In die Kritik geraten sind vor allem der Internationale Währungsfonds und die Weltbank, nicht zuletzt die institutionell

bisher nicht verankerte, aber der Sache nach dringend gebotene Koordination im Krisenfall. Der Vorschlag, IWF und Weltbank zu verschmelzen, dem nun auch Japan zugestimmt hat, nimmt sich aus wie die sprichwörtliche Patentlösung, die es nicht gibt. Er ist aber sicherlich mehr als eine Überlegung wert, immerhin sind die Geldgeber weitgehend die selben.

Bei aller berechtigten Kritik am Krisen-Management darf nicht übersehen werden, daß die Ursachen der krisenhaften Entwicklungen im privaten Sektor sowie in den staatlichen Sektoren einzelner Länder zu suchen sind. Parallel zur Diskussion der Rolle der Weltfinanzinstitutionen ist deshalb eine Diskussion entstanden, die zu mehr Disziplin und zu einer wirkungsvollen Überwachung der nationalen und internationalen Finanzmärkte führen soll. Angesichts der Tatsache, daß die Weltbörsen an guten Tagen so viel umsetzen wie der Welthandel im ganzen Jahr, ist es völlig klar, daß IWF und Weltbank schon vom Volumen her kein Gegengewicht bilden können. Die international operierende Finanzwirtschaft wäre sicherlich nicht überfordert, wenn sie internationale Feuerwehrfonds unterhalten sollte, um die Ansprüche an die aus öffentlichen Mitteln stammenden Gelder der Weltfinanzinstitutionen zu reduzieren.

## Deutschland

### Subventionen

#### Transparenz gefordert

Subventionen für einzelne Wirtschaftszweige werden positiv begründet, obwohl es in der Natur der Sache liegt, daß sie zugleich Benachteiligungen für nicht subventionierte Branchen bedeuten sowie für alle Steuerzahler, welche das zu verteilende Geld aufbringen müssen. Johann Eekhoff, beständiger Kritiker solcher Praktiken, forderte kürzlich in einer neuen Studie die rasche Verringerung der staatlichen Subventionstätigkeit. Was haben 40 Jahre Steinkohlesubventionierung Positives gebracht? Die angeblich gesicherten Arbeitsplätze jedenfalls kosten weit mehr Subventionen als Löhne in die Taschen der dort Beschäftigten fließen.

Wo Gelder durch öffentliche Kassen geleitet werden, gibt es Fehlleitungen, nicht nur im Zusammenhang mit persönlichen Verfehlungen, sondern ganz grundsätzlich: Aus der Sicht der reinen Lehre der Marktwirtschaft erzeugt jede Subvention Signale, gewollte und ungewollte, richtige und falsche, indem sie künstliche Präferenzen schafft und Güter hervorbringt, die der Markt nicht in jedem Fall braucht (z.B. »Abschreibungsruinen«).

Dauer-Subventionen, wie sie neben dem Bergbau insbesondere die Landwirtschaft empfängt, sind überhaupt nicht sinnvoll zu begründen – im Gegensatz zu Anlauf-Subventionen zugunsten von Existenzgründungen oder zur eigentlichen Forschungs- und

Innovationsförderung. Ausgerechnet diese ist aber derzeit in »Stand-by«-Position geraten. Die alte Regierung erklärte kurzerhand und ohne Vorlauf das erfolgreiche Programm »Förderung der Forschungsk Kooperationen in der mittelständischen Wirtschaft« für beendet, das einzige seiner Art für KMU. Die neue Regierung verlagerte die Forschungsförderung in das Wirtschaftsministerium, was erfahrungsgemäß Umzüge und neue Rüstzeiten erfordert.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist insbesondere durch staatliche Überforderungen belastet. Überflüssige Erhaltungs-Subventionen gehören ebenso dazu wie mangelhafte Forschungsförderung (die ja auch, reine Lehre hin oder her, in Konkurrenz zur Forschungsförderung in anderen Ländern zu sehen ist). In Länder-Ratings (so umstritten sie methodisch sind, erlauben sie doch Tendenzaussagen im Zeitablauf) fällt Deutschland kontinuierlich zurück – hauptsächlich aufgrund der Tatsache, daß andere Länder schneller und konsequenter deregulieren und reformieren, was im globalen Wettbewerb nicht fortbestehen kann, und Mittel in Bereiche lenken, in denen sie Früchte tragen.

## **Außenhandel**

### **Was genau ist das?**

Als die Grenzen noch mit Schlagbäumen bewehrt waren, da gab es noch einen meßbaren Außenhandel mit Grenzüberschreitungen und Devisentransaktionen. Im Zeichen der weltweiten Liberalisierung muß man sich allmählich fragen: Außenhandel – was

ist das? Sind Exporte innerhalb der Euro-Zone (mit einheitlicher Währung) oder innerhalb der EU (mit einheitlichem Binnenmarkt) eigentlich noch welche? Können Güter aus Auslandsniederlassungen deutscher Unternehmen nach Deutschland »exportiert« werden? Sind Lieferungen im Land der Niederlassung oder Exporte solcher Güter in dritte Länder deutsche »Exporte«? Diese Bedenken beiseite gelassen, schloß der deutsche Außenhandel im abgelaufenen Jahr mit guten Ergebnissen ab, wenn auch nicht mit allen erwarteten Rekorden. Möglicherweise hat der Exportüberschuß eine neue Höchstmarke erreicht (nach 134,6 Mrd. DM im Jahr 1989, dem Jahr der Grenzöffnung). Für das laufende Jahr wird eine Fortsetzung des Abschwungs erwartet, wie er bereits im 2. Halbjahr 1998 eingetreten ist.

## **Europäische Union**

### **EU-Erweiterung**

### **Qualitativer Sprung**

Mehr als 40 Jahre nach Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft schickt sich die Europäische Union an, die Linie einer, alles in allem betrachtet, kontinuierlichen Entwicklung zu verlassen und einen qualitativen Sprung zu wagen. Dabei wirken mehrere Teilentwicklungen zusammen.

Die Verschiebung der Ostgrenze von der Oder (einst Grenze zwischen West- und Ostblock) bis zur Weichsel und darüber hinaus, in den Machtbereich der ehemaligen Sowjetunion hinein:

an eine solche Entwicklung hatten die Gründerväter wohl kaum gedacht. Fünf neue Mitglieder in wenigen Jahren, ein Drittel mehr als jetzt. Und im Anschluß daran sollen zügig weitere aufgenommen werden.

Die Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung von zunächst 11 Mitgliedstaaten ist ohne Beispiel und nicht zuletzt deshalb ein Ereignis, weil die Teilnehmerstaaten dafür auf einen wesentlichen Teil ihrer nationalen Souveränität verzichten mußten.

Die Gremien können nicht proportional mitwachsen. Nicht jedes Mitglied kann jederzeit in allen Gremien vertreten sein. Mehrheitsentscheidungen müssen die Regel, einstimmige Entscheidungen entsprechend nur noch Problemen höchsten Ranges vorbehalten werden.

Historisch gewachsene Ausnahmeregelungen, Begünstigungen wie Benachteiligungen, müssen verschwinden. Die riesigen Transfermassen, die auch zwischen den entwickelten Staaten der Gemeinschaft bewegt werden, müssen eingeschränkt werden auf solche, die wesentliche Entwicklungsunterschiede ausgleichen sollen – und das in begrenzten Zeiträumen. Das gilt insbesondere für die Agrarpolitik und die Strukturhilfen.

Das alles kommt zeitlich zusammen und verlangt von allen Beteiligten die Bereitschaft zur Erneuerung der Vision von Europa unter den Auspizien des heraufdämmernden 21. Jahrhunderts. Es wäre schlecht, den Zeitplan für die Aufnahme weiterer Staaten als Ventil zu benutzen, nicht nur für die betroffenen Länder,

sondern auch für die EU selber. Die Vollendung der europäischen Vereinigung kann nicht kleinlichen Häkeleien geopfert werden.

Die deutsche Ratspräsidentschaft hat eine große Aufgabe vor sich, aber gerade deshalb auch eine große Chance, den qualitativen Sprung in Richtung auf eine paneuropäische Völkergemeinschaft entscheidend voran zu bringen.

### **EU – Schweiz Schwierige Annäherung**

Seit dem Beitritt Österreichs nimmt die Schweiz eine Insellage inmitten der EU ein. Die Bürger wollen es so, sie verweigerten 1992 die Zustimmung zur Bildung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), der die Schweiz einschließen sollte, ganz zu schweigen von der vollen Mitgliedschaft. Nach vier Jahren Verhandlung ist nun ein bilaterales Abkommen erzielt worden. Es soll die rechtliche Grundlage für die besondere Beziehung bilden und zugleich die Keimzelle zu einer – wenn auch fernen – Mitgliedschaft. Die schweizerische Wirtschaft will dieses Abkommen, das Parlament steht mit Mehrheit dazu, entscheiden aber werden wiederum die Stimmbürger in einem Referendum.

### **EU – USA Schwierige Partnerschaft**

Die Verwirklichung der Transatlantic Economic Partnership (TEP), der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft zwischen der EU und den USA, schien in greifbare Nähe gerückt, als die

ungelösten Konflikte heftiger denn je ausbrechen. Hinter dem Etikett »Bananenstreit« verbergen sich handfeste Probleme beider Partner.

Die Amerikaner kommen nicht voran mit ihren Bemühungen, ihr Exportdefizit zu verringern. Die Asienkrise ist teils Grund, teils Vorwand für Japan und China, sich solchen Forderungen weiterhin zu entziehen. Die EU mit ihren Marktabschottungen gegenüber landwirtschaftlichen Produkten, Stahl, Automobilen und anderen Gütern sorgt ihrerseits dafür, daß die anschwellenden Ströme von Billiggütern aus Asien vorzugsweise nach Amerika geleitet werden.

Die Europäer stehen vor schwierigen Aufgaben. Sie müssen die Institutionen der EU umbauen, neue Regularien vereinbaren, neue Mitglieder aufnehmen (allesamt stark landwirtschaftlich strukturiert), ein neues Abkommen mit den AKP-Staaten schließen und wollen gerade jetzt auf die Schutzwirkung nicht verzichten. Die Ablehnung von Rindfleisch mit Rückständen von Masthormonen sowie die Anstrengungen, genmanipulierte Produkte einer Kennzeichnungspflicht zu unterwerfen, mögen zum Teil durch die Schutzinteressen der eigenen Landwirtschaft begründet sein, zum andern Teil entsprechen sie aber den Verbraucherwünschen. Die USA sehen schlicht nichttarifäre Handelshemmnisse darin und drohen mit der WTO-Keule bzw. »Gegenmaßnahmen«.

Solange beide Seiten daran festhalten, ihre kommerziellen Interessen zu verbrämen, wird es schwer sein, zu einem fairen Interessenausgleich zu gelangen. Ein Handelskrieg jedenfalls

würde beiden Seiten schaden und verheerend auf alle Staaten wirken, die noch auf dem Weg zu demokratischen und marktwirtschaftlichen Systemen sind.

## Amerika

### Kanada

#### Investoren willkommen

Kanada hat eine erstaunliche Entwicklung durchgemacht in den vergangenen 30 Jahren. Rohstoffe werden nicht mehr, wie früher, überwiegend als solche exportiert (1980 machten sie etwa 60 % der Exporte aus, heute nur noch 35 %), sondern im Land verarbeitet. Nicht zuletzt im Zuge dieser Entwicklung hat die Produktivität der kanadischen Wirtschaft inzwischen höhere Zuwächse aufzuweisen als die amerikanische. Die enorm hohe Staatsverschuldung wurde durch straffe Haushaltspolitik in den letzten Jahren deutlich reduziert. Noch vor den Amerikanern erzielten die Kanadier (als erste im Kreis der G7-Staaten) einen Haushaltüberschuß. Einen wesentlichen Beitrag stellten empfindliche Einschnitte ins Sozialsystem dar. Die öffentlichen Schulden betragen aber immer noch etwa ein ganzes Bruttoinlandsprodukt.

Die hohe Exportabhängigkeit der kanadischen Wirtschaft läßt sie unter den aktuellen Krisen und Schwächen spürbar leiden. Die enge Verflechtung mit der amerikanischen Wirtschaft läßt ein Durchschlagen des dort erwarteten Konjunkturabschwungs auf die kanadische Wirtschaft erwarten. Deshalb wird gerade jetzt

nach neuen Märkten Ausschau gehalten sowie nach Möglichkeiten, bestehende außenwirtschaftliche Beziehungen zu intensivieren. Im Verhältnis der NAFTA zur EU fällt auf, daß die USA als größter nationaler Markt und Mexiko als billiger Standort wahrgenommen werden. Und Kanada? – übertrieben gesagt: immer noch als Rohstofflieferant und Urlaubsland. Während mehr als 20 % der europäischen Direktinvestitionen in die USA fließen, nimmt Kanada nur etwa 1 % auf. Das Land empfiehlt sich deshalb nachdrücklich als Investitionsstandort mit hohem Entwicklungsstand, ausgeprägt europäischer Kultur (einschließlich des metrischen Systems), solider Haushaltspolitik und nicht zuletzt als Sprungbrett in die gesamte NAFTA.

## **USA**

### **Partnerschaft oder Krieg?**

Würden Staaten nach den Grundsätzen beurteilt, die für Unternehmen gelten, so müßten sich die USA (als »einzig verbliebene Weltmacht«) wohl die Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung vorhalten lassen. Mit dem gern beschworenen Geist der Partnerschaft haben einige ihrer Verhaltensweisen jedenfalls nichts zu tun. Nach den berüchtigten extraterritorial wirkenden Gesetzen wie Helms-Burton und d'Amato werden neuerdings Handelskriege beschworen aus Verärgerung über die europäische Bananenpolitik, über Stahlsubventionen, nicht zuletzt über anhaltende amerikanische Exportdefizite.

Für die Klärung von Streitfällen hat die Welthandelsorganisation ein weitreichendes Mandat, das keinen Raum läßt für die Legitimierung von Handelskriegen zwischen WTO-Mitgliedern. Wenn die Schlichtungsverfahren als zu langwierig angesehen werden, sollten sich die Mitglieder über eine Reform der Verfahren verständigen. Anlässe zum Streit liefern in der Regel sogenannte nichttarifäre Handelshemmnisse. Hinten denen wiederum verbergen sich nicht zuletzt Überzeugungen, Traditionen und historisch gewachsene Besonderheiten. So erstrebenswert es wäre, wenn außer rein wirtschaftlichen auch soziale, ökologische und ganz allgemein kulturelle Standards vereinbart würden, so deutlich muß gesagt werden, daß ein einseitiges Diktat, aufgrund welcher Überzeugung auch immer, unerträglich ist. Und man denke auch an den »Fluch der bösen Tat«, der bekanntlich darin besteht, »daß sie fortzeugend neue muß gebären«.

Die europäische Bananenpolitik zum Beispiel ist mit dem Geist des Freihandels sicherlich nicht zu vereinbaren; sie nützt ehemaligen europäischen Kolonien und schadet allen anderen Anbauländern. Die meisten Plantagen in Süd- und Mittelamerika gehören nordamerikanischen Konzernen (»Dollar-Bananen«), die außerhalb ihres Landes wenig Rücksicht auf ökologische Verträglichkeit und soziale Standards nehmen. Solche Verhaltensweisen ziehen in Europa allerdings normalerweise keine Sanktionen nach sich. Die Benachteiligung von Industrieprodukten aus Europa, wie die USA sie als Strafe für die kontingentierte Einfuhr nach Europa androht, ist jedenfalls unzulässig. Die Frage, wer



Recht hat und wer Unrecht, ist sicherlich nicht leicht zu entscheiden, sollte aber gleichwohl eine gewollte Partnerschaft nicht überfordern.

## **MERCOSUR**

### **Harte Zeiten**

Die Erfolgsgeschichte des MERCOSUR ist bisher getragen worden von einem kontinuierlichen Wirtschaftsaufschwung. Wächst der Kuchen, gibt es weniger Streit bei der Verteilung. Die für 1999 drohende Stagnation, eine Folge des Domino-Effektes, läßt die unbewältigten Konflikte wieder aufbrechen.

Von den vier Vollmitgliedern steht Argentinien zweifellos am besten da. Es erwartet trotz der aktuellen Schwierigkeiten auch für 1999 ein Wachstum von 2,5 % (nach 4,6 % im Vorjahr), hat die niedrigste Inflationsrate (1,4 %), mit 9240 \$ das höchste BIP pro Kopf (1997) und eine stabile, an den US-Dollar gebundene Währung. Das größte Risiko ist der schwelende Konflikt im MERCOSUR selber, vor allem mit Brasilien.

Brasilien's Wirtschaft mit einer mehr als viermal so großen Bevölkerung stagniert, die Wirtschaftsleistung wird möglicherweise sogar zurückgehen, die Inflationsrate lag zuletzt bei 3,5 %, die Pro-Kopf-Leistung bei 5040 \$, und die überbewertete Währung wird vom IWF gestützt. Zur Sicherung der Stabilität des Real müßte das Zinsniveau gesenkt werden, binnenwirtschaftlich wäre das ein falsches Signal. Die Abwertung vom Januar erschüt-

terte die Weltbörsen, von deren Vertrauen die weitere Entwicklung entscheidend abhängt.

Der IWF will den Erfolg seiner Maßnahmen. Er hat deshalb ein flexibles Konzept vorgelegt, das seine Handlungsfähigkeit auf jedem Fall erhalten soll. Letztlich geht es darum, das Vertrauen der Anleger zu erhalten (Brasilien nimmt nach China die meisten ausländischen Direktinvestitionen auf). Die konjunkturellen Voraussetzungen für die dringend notwendige Haushaltssanierung sind eher ungünstig, die Kredite des IWF laufen kurz und sind teuer (300 bis 500 Basispunkte über dem Niveau amerikanischer Staatsanleihen).

## **Asien und Australien**

### **APEC-Gipfel**

### **Viele Worte, wenig Taten**

Liberalisierung ist ein Prozeß. Das Ziel des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforums ist die Schaffung der größten Freihandelszone der Welt. Der Weg dorthin scheint steiniger, als in guten Jahren gedacht. Zu unterschiedlich sind die Entwicklungsstände, zu unterschiedlich vor allem die Mentalitäten. Die wirtschaftlich am stärksten von der Asienkrise betroffenen »kleinen Tiger« reagieren mit hoher Flexibilität und sind zum Teil auf dem Weg der Gesundung. Japan dagegen scheint in seinen Traditionen erstarrt zu sein. Der amerikanisch-japanische Gegensatz ist auch durch die Klammer der APEC anscheinend nicht aufzubrechen. Die

japanische Ablehnung auf dem Gipfel von Kuala Lumpur brachte jedenfalls das vorbereitete Freihandelsabkommen zu Fall. Die Rücksicht auf die heimische Fischerei und Forstwirtschaft wog schwerer als die Möglichkeit, die Krise durch tätige Mitwirkung im Rahmen vereinbarter Ziele überwinden zu helfen.

### **ASEAN-Gipfel**

#### **Lehren aus der Krise**

Der wenig ermutigende Verlauf des APEC-Gipfels dämpfte die Hoffnungen, die in den wenig später in Hanoi stattfindenden ASEAN-Gipfel gesetzt wurden. Dem politischen Streit um den Beitritt Kambodschas wurde noch einmal aus dem Weg gegangen. Bei nächster Gelegenheit ist aber damit zu rechnen. Ein eigener Beitrag zur Überwindung der Folgen der Asienkrise wurde geleistet, indem die bereits geplanten Zollsenkungen um ein Jahr vorgezogen wurden. Unter dem Eindruck der EWU wurde die Möglichkeit einer Gemeinschaftswährung diskutiert, die allerdings so bald nicht kommen wird. Weitere Hilfe muß von außen kommen. Japan, als Gast dabei, sagte weitere Kredite zu; eine Öffnung seiner Zollgrenzen war nach dem Desaster in Kuala Lumpur ohnehin nicht mehr erwartet worden.

### **China**

#### **Böller zum Jahresbeginn**

Das Wachstum der chinesischen Wirtschaft ist nicht leicht einzuschätzen, allzu eigengesetzlich determiniert sind amtliche Zahlen

(selbst Vizepremier Li Lanqing spricht von »Blasen in der Statistik«), es dürfte aber im letzten Jahr schwächer geworden sein. Nun sind 5 % statt 8 % (so die Schätzung) vergleichsweise nicht schlecht, aber auch in China wird das Wachstum gebraucht, um die sozialen Verwerfungen in der – durchaus nicht klassenlosen – Gesellschaft zu übertünchen, sprich: die Benachteiligten ruhig zu halten.

Der Staat braucht außerdem wachsende Einnahmen, um die gigantischen Reformvorhaben zu finanzieren. Das chinesische Fernsehen meldet demonstrativ Todesurteile, die wegen Steuerhinterziehung verhängt werden. Der erfolgreiche Kampf gegen den traditionellen Schmuggel über Hongkong hat bereits jetzt die Preise für einige Importgüter spürbar in die Höhe schnellen lassen.

Unverändert stark ist die ausländische Investitionstätigkeit im Land. Die Mittel stammen zu mehr als drei Vierteln aus Asien. Der Zusammenbruch der Gitic in Verbindung mit der Erklärung, der Staat werde für die Schulden nicht aufkommen, schockierte allerdings zum Jahresbeginn die ausländischen Investoren. Allein die Forderungen ausländischer Banken belaufen sich auf rund 2 Mrd. \$. Als symptomatisch für die Verhältnisse wird die Tatsache angesehen, daß die Bilanzen der letzten Jahre offenbar alle gefälscht waren und die Tätigkeit der Gesellschaft offenbar überwiegend illegal war.

## Europa

### Griechenland

#### Konvergenz Richtung Euro

Griechenland lag weit zurück, als die Beschlüsse von Maastricht gefaßt wurden. Jetzt ist das Land auf dem Weg, noch vor Ablauf der Übergangsfrist dazuzustoßen. An der Konvergenz der Entwicklung (gewissermaßen dem »Geist« von Maastricht) besteht jedenfalls kein Zweifel. Die Neuverschuldung lag 1998 bei nur noch 2,2 %, die Inflationsrate wird für 1999 auf 2,4 % geschätzt. Größter Ausreißer ist die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte, die immer noch über 100 % des BIP liegt (bei einem Grenzwert von 60 %). Anstelle der Unterschreitung der kritischen Marke muß hier auf die Entwicklungsrichtung hingewiesen werden (auch einzelne Startteilnehmer hatten damit Probleme). Je näher ein Beitrittstermin rückt, desto stärker werden aber auch die offenen politischen Probleme ins Blickfeld rücken, vor allem das gespannte Verhältnis zur Türkei sowie zu Zypern, woraus sich leicht ein gesamteuropäisches Problem entwickeln kann.

### Ostseeraum

#### Handel und Wandel

Die wechselvolle Geschichte Europas bis in unsere Tage hinein fand ihren Niederschlag stets auch im Raum der Ostsee, dem eigentlichen europäischen Binnenmeer. Kaum war der Ostblock

zusammengebrochen, wurde unter dem Schlagwort »Neue Hanse« an den einstmals blühenden Städtebund erinnert, streckten die baltischen Staaten ihre Fühler Richtung NATO und EU aus und erinnerte man daran, daß der geographische Mittelpunkt Europas in Südschweden liegt.

Der Ost-West-Gegensatz wirkt immer noch nach. Die Osterweiterung der EU kommt nicht so schnell voran, wie die aufnahmewilligen Länder es wünschen, Rußland entwickelt sich kaum auf Europa zu (speziell die Seestadt St. Petersburg wird daran gehindert, ihre alte regionale Bedeutung wieder zu erlangen), und auch die EU-Mitgliedstaaten tun wenig, um die Entwicklung in diesem Raum zu beschleunigen (trotz des Integrationsprozesses wird in Deutschland an der Visumpflicht für Balten festgehalten).

So nimmt der Handel Jahr für Jahr weit überdurchschnittlich zu, die Integration aber, der Wandel, kommt kaum voran. Die vier EU-Mitglieder unter den Ostsee-Anrainern sind in der Minderheit. Die Mehrheit will gemeinsame Gremien schaffen (Norwegen und Island, als Nicht-Anrainer, sind assoziiert), die Minderheit will keinen Sonderweg, sondern beruft sich auf die EU-Gremien. Aus der Dreiteilung ist eine Zweiteilung geworden, deren Überwindung nicht in Sicht ist.

## **Rußland**

### **Katastrophale Lage**

Die russische Wirtschaft schrumpft. Im vergangenen Jahr nahm das Bruttoinlandsprodukt vermutlich um 5 % ab. Die Gesamtleistung entsprach mit weniger als 300 Mrd. \$ etwa noch derjenigen der belgischen Wirtschaft. Das BIP pro Kopf ist damit auf unter 2000 \$ gesunken.

Am schlimmsten betroffen ist die Bevölkerung, deren Ersparnisse unter dem Wertverfall des Rubel im Land (mit einer Inflationsrate von mindestens 80 %) und gegenüber dem Dollar leiden und die auf Ausgleichsleistungen des Staates nicht rechnen kann. Die Armut wächst, ganze Bevölkerungsgruppen hungern, Obdachlose erfrieren.

Für das laufende Jahr wird mit einer weiteren Verschlimmerung der Lage gerechnet. Selbst die russische Regierung rechnet mit einem schrumpfendem Bruttoinlandsprodukt. Die Staatsführung wirkt in weiten Bereichen hilflos, was Reformen angeht, die das Land voranbringen und dadurch nicht zuletzt das Vertrauen in den Weg der Reformen stärken würden. Der Haushaltsplan für 1999 steht in wichtigen Annahmen (zum Beispiel einer Inflationsrate von 30 %) und Positionen (zum Beispiel einem erhöhten Mehrwertsteueraufkommen) im Widerspruch zu den konkreten Ankündigungen (zum Beispiel der Senkung des Mehrwertsteuersatzes), zum Teil sogar zu den nackten Tatsachen (zum Beispiel hinsichtlich der Auslandsverbindlichkeiten).

Die EU will dazu beitragen, die größte Not zu lindern, und das tut vielleicht einzig richtige: sie nimmt ihre Hilfslieferungen wieder auf.

## **Ein Standardwerk neu vorgestellt**

### **Reiseverkehr mit dem Ausland**

Handbuch für die erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung von Geschäfts- und Privatreisen ins Ausland

Deutscher Wirtschaftsdienst, Köln. Loseblattwerk in 2 Ordnern. Ca. 1650 Seiten. 198 DM (zur Fortsetzung). ISBN 3-87156-209-2.

Wer sich im Goethejahr vergegenwärtigt, wie man zur Goethezeit reiste, oder sich erinnert, wie es noch in den 50er, 60er, 70er Jahren dieses Jahrhunderts zugeht, der kann erleichtert durchatmen: Reisen? – kein Problem. Das Reisen überhaupt hat aber ja letzten Endes mit dem zu tun, was woanders anders ist. Wer im Ausland Erfolge erzielen und Mißerfolge vermeiden will, tut gut daran, sich auf seine Geschäftsreisen vorzubereiten bzw. vorbereiten zu lassen (gute Sekretärinnen wissen bekanntlich alles).

Das Handbuch informiert in einem allgemeinen Teil über Reisekosten, Versicherungsschutz und Vertragsrecht sowie über Zeitzonen, Kaufkraftkennzahlen und Kulturunterschiede. Den Hauptteil machen detaillierte Porträts von über 200 Reiseländern aus, die der Einfachheit halber alphabetisch geordnet und deshalb schnell auffindbar sind.

Die einzelnen Länder werden in gleichartigen Profilen vorgestellt. Dazu gehören Übersichtskarten und knappe geographisch-statistische Informationen, Angaben zu Landes- und Geschäftssprachen, zur Telekommunikation und zu Feiertagen. Ausführlich dargestellt werden Paßbestimmungen, Zoll- und Devisenbestimmungen, insbesondere zur Mitnahme von Tieren, Pflanzen

und Waren, sowie gegebenenfalls Impfvorschriften. Für Autofahrer werden die wichtigsten Verkehrswege und Besonderheiten von Verkehrsvorschriften behandelt. Öffnungszeiten, Zahlungsgewohnheiten und nicht zuletzt wichtige Adressen und Telefonnummern runden das Angebot ab. Die Angaben werden ständig überprüft und aktualisiert.

Außenwirtschaftsbrief 1/1999. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, Februar 1999: Deutscher Wirtschaftsdienst.